

Organisatorisches

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Vorkämpferin : verfiicht die Interessen der arbeitenden Frauen**

Band (Jahr): **14 (1919)**

Heft 9

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-351832>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Organisatorisches.

Nur wenige Parteisektionen haben auch weibliche Delegierte entsendet. Immerhin mögen doch mehr wie zwanzig Genossinnen als Vertreterinnen ihrer Organisationen in Basel gewesen sein: aus Zürich, Basel, Bern, Biel, Luzern. Wo blieben aber all die anderen aus der Ostschweiz, aus Olten, Aarau, aus dem Westland? Die politische Gleichberechtigung muß in erster Linie in unseren Reihen beginnen, wir haben den Proporz einzuführen, nur so kommen auch die Genossinnen zu ihrem Vertretungsrecht. Wir wollen zwar nicht behaupten, daß die Genossen unsere Genossinnen nicht delegieren wollen, der Fehler liegt bei diesen selbst, die Parteiversammlungen werden zu wenig besucht, man zieht vor, unter sich zu sein. Wenn wir auch nicht gegen die Frauengruppenversammlungen sind und diese für sehr nutzbringend erachten, sollten gerade die Parteiversammlungen regelmäßig besucht werden. In jedem Orte, auch an den kleinen Zentren, soll die Mitarbeit der Frau zur Selbstverständlichkeit werden, so wird gute Vorarbeit geleistet für die allgemeine politische Gleichberechtigung. Infolge der schwachen Vertretung der Genossinnen und wegen der Nachsitzung war es nicht möglich, die geplante Besprechung der Genossinnen abzuhalten. Es geht nicht anders, wir müssen für unsere Angelegenheiten eine besondere Tagung abhalten. Der Beschluß des Parteitages, die Erhöhung der Beiträge, ermöglicht es der Geschäftsleitung, die Frauenkonferenz finanzieren zu helfen, um jeder Sektion die Entsendung wenigstens einer Delegierten zu gestatten. Das nähere darüber, sowie genaue Traktandenliste folgt in der nächsten Nummer. Wir bitten die Frauengruppen, sich mit der Konferenz an der nächsten Versammlung zu beschäftigen und Anträge, die zur Behandlung kommen sollen, bis 20. September einzusenden, damit diese noch rechtzeitig veröffentlicht werden können.

Aus der Frauenbewegung

Ausland.

Englische Arbeiterinnenkonferenz. Am 24. Juni, gleichzeitig mit der Tagung der englischen Arbeiterpartei, wurde in Southport die Konferenz der Arbeiterinnen abgehalten. Sie umfaßte 154 Delegierte der Frauengruppen der Partei (Labour Party), der Gewerkschaften und der sozialistischen Gruppen. (Demnach sind die Gewerkschafterinnen und politisch organisierten Frauen in eine Vereinigung zusammengeschlossen.)

Luzan Rawfence, die Präsidentin, gab einen ausführlichen Tätigkeitsbericht, der ausgiebig diskutiert wurde. Die Tätigkeit erstreckte sich in der Hauptsache auf wirtschaftliche Fragen. Um die gemeinsame Arbeit noch fruchtbringender zu gestalten, war ein permanenter Aktionsausschuß bestellt worden, bestehend aus Vertreterinnen der bedeutendsten Arbeiterinnenorganisationen: Labour Party, Gewerkschaftsunion, Gilde der Genossenschaftlerinnen, nationale Arbeiterinnenvereinigung und Vereinigung der Eisenbahnerinnen.

Das Bureau, bestehend aus den Genossinnen Mary Mac Arthur, Mervelyn Dawies und Marion Philipps hat tüchtige Arbeit geleistet. Es ließ keine Gelegenheit vorübergehen, um in allen während des Jahres zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterschaft geführten Kämpfen Anteil zu nehmen, seine Mitarbeit war oft von entscheidendem Einfluß. Es gab Flugchriften heraus, verlangte und begründete die Schaffung eines Ministeriums für Volksgesundheit. Dank der regen Tätigkeit wurden lokale Auskunftsstellen für Arbeiterinnen geschaffen. Durch Vorträge, publizistische Arbeit wurde die Kampagne zur Verbesserung der schlimmen Wohnungsverhältnisse geführt. Man führte Enquêtes durch, ließ Pläne verfertigen, um zu zeigen, daß es möglich sei, einen gesunden, relativ billigen Wohnungsbau durchzuführen. Die Kommission setzte durch, daß die

Vertreterinnen von drei großen Minendistrikten (England, Schottland und Irland) von der Bergwerkkommission gehört wurden. Die hauptsächlichsten Forderungen waren hygienische Wohnungsverhältnisse und Einrichtung von Douchen und Bädern am Ausgang der Bergwerke. Die Kommission war im Konsumentenrat vertreten. Dr. Marion Philipps hatte Gelegenheit, im Ministerium die Forderung der Abschaffung der Nachtarbeit im Bäckereigewerbe zu vertreten. Nicht vernachlässigt wurde die Arbeit zur Verbesserung der Lage der Dienstboten, die Einführung der Altersrenten. Anlässlich der durch die Einstellung der Kriegsindustrie eingetretenen großen Arbeitslosigkeit der Arbeiterinnen gelang es für die Betroffenen eine angemessene Arbeitslosenunterstützung einzuführen.

Die Konferenz nahm im Anschluß an den Tätigkeitsbericht verschiedene Resolutionen zur Tagesordnung an. Da diese auch für uns von Bedeutung sind, geben wir das wesentliche daran wieder:

Wohnungsfrage: Schätzung der Mietpreise im Verhältnis zum Lohne. Schaffung geräumiger Wohnungen für große Familien. Kontrolle der Preise der zum Wohnungsbau notwendigen Rohmaterialien. Herbeiziehung von Arbeiterinnen in die maßgebenden Kommissionen und Räte. Unterbrechung in der Herstellung von Luxusbauten, die keinem nationalen Bedürfnis entsprechen.

Ernährungsfragen: Nationale und internationale Regelung der Preise der Lebensmittel. Städtische Milchversorgung; Einbezug dieses Programmpunktes in die Forderungen anlässlich der kommenden Gemeindewahlen. Einführung nationaler öffentlicher Küchen.

Arbeitslosigkeit: Sofortige Schaffung von Arbeitsgelegenheit für weibliche Arbeitslose.

Zum Schlusse der arbeitsreichen Tagung wurden die rein wirtschaftlichen Fragen verlassen und eine Protestkundgebung gegen die Intervention in Rußland angenommen. Ferner wurde vom Ministerpräsidenten die endliche Erfüllung seines Versprechens, die allgemeine Abrüstung durchzuführen, gefordert.

Die tschechoslowakischen Frauen bei den Wahlen.

Die Befreiung des tschechoslowakischen Volkes hat auch den Frauen in der neuen Republik die politischen Rechte gebracht. Durch die Ausdehnung der Wahlbefähigung bis zum 21. Lebensjahre ist ein Drittel männlicher Wähler, durch die Heranziehung der Frauen ungefähr 60 Prozent weiblicher Wähler zugewachsen. Die Befürchtung, daß die Frauen ihre politischen Rechte zur Stärkung der Reaktion gebrauchen werden, haben sich als falsch erwiesen. Bei den am 15. Juni nach dem Proporzsystem stattgefundenen Gemeindewahlen in der tschechoslowakischen Republik behauptete sich die Sozialdemokratie als stärkste Partei. Die tschechoslowakischen Frauen haben mit dem ersten Auftritt auf die politische Bühne ihre politische Schulung bewiesen. Noch niemals hat die clerikale Partei in Böhmen so empfindliche Niederlagen erlitten, wie jetzt, wo die Frauen wählten. „Pravo Lidu“, das Hauptorgan der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei schreibt: „Mit ungeheurer Freude erfüllt uns die Tätigkeit der Frauen und Stolz wechselt bei uns mit Befriedigung, daß die Frauen — hauptsächlich auf dem Lande — am meisten zu dem Erfolg der sozialdemokratischen Partei beigetragen haben. In manchen Gemeinden sind die Frauen ostentativ und massenhaft zur Urne gegangen, um die Sozialisten zu wählen. In der Million für uns abgegebenen Wählerstimmen gibt es ungefähr 600,000 Frauen. Dieser Fakt wird gewiß nicht der Aufmerksamkeit des Auslandes entgehen, das jetzt die Frage des Frauenwahlrechtes studiert und die Gemeindewahlen in unserer Republik verfolgt, um zu erfahren, ob sich die Gleichberechtigung der Frauen erweisen werde. Die tschechoslowakischen Frauen waren nicht nur bei uns die Vorkämpferinnen neuer Ideen, sondern auch in andern Ländern, weil sie bewiesen haben, daß das Frauenwahlrecht keine Gefahr der Reaktion in sich birgt. Unseren Frauen gehört für ihre Beteiligung an den Wahlen volle Anerkennung und Dank aller deren, die für die Freiheit und Kultur arbeiten.“